



Der 23. September ist der wichtigste Abstimmungssonntag seit langem

Kein Kahlschlag bei Bildung und öffentlichem Verkehr

Am 23. September haben wir es in der Hand, ob der Spardruck auf Schule, öffentlichen Verkehr und Gesundheitswesen etwas kleiner wird oder ob er brutal anwächst. Je nach Resultat bei den Abstimmungen über die Strassenfahrzeugsteuern und die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» lassen sich Abbaumassnahmen wie die Streichung von Schullektionen oder die Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs nicht verhindern.



Vor kurzem informierte der Regierungsrat über die rabenschwarze finanzielle Situation des Kantons Bern. Für das Jahr 2012 rechnet die Regierung mit einem Defizit von 425 Mio. Franken. Für die Folgejahre sehen die Perspektiven nicht besser aus. Deshalb hat der Regierungsrat beschlossen, pro Jahr 45 Mio. Franken bei der ärztlichen Weiterbildung einzusparen. Das bedeutet: Entweder wird die ärztliche Weiterbildung vernachlässigt – oder die Spitäler müssen die Gelder anderswo einsparen. Mit allen negativen Folgen für die Behandlungsqualität in unseren Spitälern.

Die Hauptursache dieser Fehlentwicklung ist eine falsche Steuerpolitik: Entgegen allen Warnungen beschloss der Grosse Rat vor den Wahlen 2010 eine Steuersenkung im Umfang von jährlich 140 Mio. Franken. Dies, obwohl schon damals

auf der Hand lag, dass sich diese nie finanzieren lassen würde. Einen Vorgeschmack auf die Auswirkungen der Beschlüsse erhielten wir letzten November, als der Grosse Rat ein Sparpaket mit einem 80-Mio.-Abbau bei den Spitälern, Kürzungen bei den Behinderteninstitutionen und einem Lektionenabbau an der Schule beschloss. Zum Glück können wir diese falsche Politik am Abstimmungswochenende vom 23. September ändern. Dabei geht es um zwei Vorlagen: Die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» und die Reform der Strassenfahrzeugbesteuerung.

Ja zu ökologischen Autosteuern

Der Grosse Rat hat 2009 eine Revision der Strassenfahrzeugbesteuerung vorgenommen: Energieeffiziente Personenwagen sollen steuerlich

Fortsetzung auf Seite 2

Agriculture familiale en danger!



La politique agricole 2014–2017 apporte de nombreuses améliorations: moins de paiements directs généraux

et plus de programmes volontaires, efficacité des ressources, sécurité de l'approvisionnement. Tout n'est cependant pas parfait: l'augmentation de la limite des «unités de main d'œuvre standard» pour toucher des paiements directs pourrait par exemple avoir des effets pervers. Le modèle d'exploitation familiale risque de disparaître au profit de grandes exploitations gourmandes en main d'œuvre et moyens de production et donc très sensibles aux variations du marché. L'agriculture familiale et diversifiée sera-t-elle remplacée par une agriculture hyper-intensive spécialisée?

Olivier Gerber, président des Verts Jura bernois

Inhalt



Seite 3
Stipendien statt Sozialhilfe



Seite 5
Gemeindewahlen



Seite 7
Renaissance der Wohnbaugenossen-schaften



Seite 8
Do-re-mi-fa – So soll es sein

Weg von Politik der «leeren Kassen»!



Der 23. September ist für Bern wegweisend. Wird bei der Motorfahrzeugsteuer dem «Volksvorschlag» der Vorzug gegeben, hätte dies fatale Folgen: Erstens würde Bern die Chance einer zukunftsweisenden ökologischen Motorfahrzeugsteuer verpassen. Zweitens bringt uns der unökologische «Volksvorschlag» der Garagisten im Steuerwettbewerb keinen Millimeter weiter – die Steuerausfälle von jährlich über 100 Mio. Franken würden aber auf Jahre hinaus sinnvolle Verbesserungen verunmöglichen.

Ein neues Sparpaket müsste geschmürt werden. Das Entlastungspaket 2012 hat einen Vorgeschmack darauf gegeben, was das für wichtige Staatsaufgaben wie Bildung und Soziales heissen kann (Spitex-Kürzung, Lektionenabbau in der Volksschule).

Mit einem Nein zum «Volksvorschlag» und dem Kreuz für die Grossratsvorlage kann Schlimmes verhindert werden. Und ein Ja zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien» ermöglicht endlich den Kurswechsel weg von der Politik der «leeren Kassen».

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor

■ Gemeindegemeinschaften fördern



Die Aufgaben der Gemeinden sind vielfältiger und komplexer geworden. Zu Recht wird mehr Professionalität und Effizienz gefordert. Dies ist nur mit einfacheren Strukturen und Fachpersonal möglich. Der Kanton Bern besteht heute aus 382 Gemeinden. Mehr als 100 davon haben weniger als 500 Einwohner. Das ist ineffizient und verschlingt viel Geld. Mit über 70 Prozent Ja-Stimmen hat der Grosse Rat darum einer moderaten Lockerung der verfassungsrechtlichen Bestandesgarantie der Gemeinden und der Einführung von Kürzungsmöglichkeiten bei Leistungen aus dem Finanzausgleich zugestimmt. Damit sollen Gemeindegemeinschaften gefördert werden. Die Grünen sagen klar Ja zur Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes.

Antonio Bauen, Grossrat

Fortsetzung von Seite 1

begünstigt, neue Fahrzeuge mit hohem Verbrauch dagegen stärker belastet werden. Dieser sinnvollen Revision stimmten 105 GrossrätInnen zu; bloss 22 lehnten sie ab. Gleichwohl ergriff ein Garagist das Referendum gegen die Vorlage – mit einem sogenannten «Volksvorschlag». Dessen banaler, aber brandgefährlicher Inhalt: Die Autosteuern sollen generell um einen Drittel gesenkt werden. Dies würde Steuerausfälle von 120 Mio. Franken pro Jahr verursachen.

Nein zum ruinösen Volksvorschlag

Einen solchen Ertragsausfall würde der Kanton Bern nicht heil überstehen. Die Grünen setzen sich daher engagiert für ein Ja zur sinnvollen Grossratsvorlage ein und empfehlen, den Volksvorschlag aus finanziellen und ökologischen Gründen abzulehnen. Es ist nicht zu verantworten, wegen ein paar Franken weniger Autosteuern einen massiven Abbau beim öffentlichen Leistungsangebot in Kauf zu nehmen. Ganz wichtig ist die Stichfrage. Diese entscheidet, falls in der Abstimmung beide Vorlagen eine Ja-Mehrheit erzielen. Hier ist es zentral, die Vorlage des Grossen Rates anzukreuzen.

Steuerinitiative mit Augenmass

Die zweite Vorlage, die von den Grünen mit lancierte Initiative «Faire Steuern – Für Familien», beinhaltet drei Punkte: Erstens den Verzicht auf

die Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuern. Es ist verkehrt, in Bern die Vermögenssteuer auszuhöhlen, während im internationalen Umfeld Superreiche sogar selber eine höhere Besteuerung fordern. Zweitens verlangt die Steuerinitiative die Abschaffung der ungerechten Pauschalsteuer. Von dieser profitieren exklusiv 215 steinreiche AusländerInnen. Sie entgehen so einer ordentlichen Besteuerung in ihrem Heimatland und sparen aufgrund der Steuerabkommen Millionen. Drittens schlägt die Initiative eine moderate Erhöhung der Kinderabzüge vor, um Familien finanziell zu entlasten.

Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Aus Angst vor einer Abstimmungsniederlage hat der Grosse Rat beschlossen, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Dieser verdient seinen Namen jedoch nicht: Bei den Steuertarifsenkungen belässt er alles beim Alten und bei der Pauschalbesteuerung will er bloss eine mickrige Anpassung statt dem gänzlichen Verzicht. Damit wird die finanzielle Situation des Kantons gar verschärft. Die Grünen sagen deshalb klar Ja zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien» und Nein zum fahrlässigen Gegenvorschlag. Auch hier ist die Stichfrage entscheidend – das Kreuz bei der Initiative «Faire Steuern – Für Familien» ist der richtige Entscheid.

*Blaise Kropf, Grossrat Grüne,
Präsident Grüne Kanton Bern*



Die Autosteuern generell um einen Drittel zu senken ist für die Grünen aus finanziellen und ökologischen Gründen nicht zu verantworten.

Das Erfolgsmodell aus dem Kanton Waadt soll für Bern Vorbild sein

Stipendien statt Sozialhilfe

Der Kanton Waadt feiert mit der Förderung von Berufsabschlüssen bei jungen Sozialhilfebeziehenden grosse Erfolge. Die Mittel: Eine Harmonisierung von Stipendien und Sozialhilfe sowie ein fokussiertes Berufsbildungsprogramm. Die Grünen fordern, dass sich der Kanton Bern die positiven Erfahrungen zunutze macht.



Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hat die Kantone jüngst eindringlich zu einem Paradigmenwechsel bei der Sozialhilfe für Jugendliche und junge Erwachsene aufgerufen: «Stipendien statt Sozialhilfe» heisst das Motto. Der Aufruf der SKOS geht auf die überaus positiven Erfahrungen des Kantons Waadt zurück, der mit einem entsprechenden Programm grosse Erfolge erzielt.

Fehlende Ausbildung als Armutsursache

Hintergrund des Projekts «Stipendien statt Sozialhilfe» ist der Umstand, dass von den 18–25-jährigen Sozialhilfebeziehenden zwei Drittel ohne Berufsabschluss sind. Die SKOS hält fest: «Fehlende oder abgebrochene Berufsausbildungen stehen oft am Anfang einer Entwicklung, die in die Sozialhilfe führt.» Gerade bei Menschen und Familien an oder unter der Armutsgrenze stellen Ausbildungen einen finanziellen Kraftakt dar, der allzu häufig im Nichtantritt oder dem Abbruch der Ausbildung mündet. Hier können Stipendien einen wirksamen Beitrag leisten.

Existenzsichernde Stipendien

Durch eine Harmonisierung von Stipendien



Auf der Brücke in die Arbeitswelt. Existenzsichernde Stipendien stellen sicher, dass keine Fehlanreize zum Abbruch der Ausbildung bestehen.

und Sozialhilfe (d.h. durch die Gewährung existenzsichernder Stipendien) kann sichergestellt werden, dass keine Fehlanreize zum Abbruch der Ausbildung mehr bestehen. Jugendliche werden aus der Sozialhilfe weggeführt, was eine Chronifizierung von Armut bereits in jungen Jahren verhindert. Zudem wird die Sozialhilfe auf ihren Kernauftrag zurückgeführt: Die Unterstützung in wirtschaftlicher Not. Mit diesem Programm konnten im Kanton Waadt seit dem Jahr 2009 über 600 junge Erwachsene aus der Sozialhilfe austreten. Und rund 1700 Working-Poor-Familien

ohne Sozialhilfeeleistungen konnten finanziell wirksam entlastet werden.

Eine gewinnbringende Investition

Die Grünen fordern nun mit einem Vorstosspaket, dass sich der Kanton Bern diese positiven Erfahrungen zunutze macht und sein Stipendienwesen entsprechend neu ausrichtet. Was im Kanton Waadt von einer eindrücklichen parlamentarischen Mehrheit beschlossen wurde, sollte auch im Kanton Bern möglich sein.

Anna Linder, Grossrätin Grüne

Elections biennoises: renforcer les Verts



Sans la persévérance des Verts au Conseil de Ville, qu'en serait-il de la politique énergétique de la ville? Ce sont nous qui avons proposé des normes « Minergie », la nécessité de prévoir des moyens financiers pour développer les énergies durables, le mix électrique sans courant issu des centrales à combustibles fossiles et des centrales nucléaires, l'examen des possibilités de géothermie à Bienne. Nous avons imposé la

protection du climat en tant que priorité de la politique énergétique de la ville. La thématique de l'urbanisation est aussi une de nos préoccupations. L'urbanisation ne doit pas se limiter à construire. Elle doit intégrer la participation des habitants, viser la densification, le soutien aux coopératives d'habitation...en bref, intégrer l'aspect social de toute politique de développement urbain. La ville a peu de marge de manœuvre en matière de politique sociale. Néanmoins nous

sommes actifs sur ce thème: égalité hommes-femmes, soutien à la cuisine populaire, Fourchette Verte, concept de développement précoce pour les jeunes enfants, création de postes dans les structures extra-familiales. Les Verts au Conseil de Ville sont aussi une force de résistance: résistance à une politique d'économie sur le dos des plus faibles, résistance contre une société à deux vitesses, résistance contre les tendances à prioriser le financier sur l'humain. Nous aspirons à faire de Bienne une ville soli-

taire, dans laquelle les opinions des citoyens sont entendues et respectées; faire de Bienne une ville où le terme égalité reste vivant. C'est dire combien il est important de renforcer la présence des Verts au Conseil de Ville, afin que se poursuive une politique durable.

Claire Magnin, présidente de la fraction des Verts Bienne au Conseil de Ville

junge grüne präsentieren Positionspapier zu Polizei und Sicherheit

Grüne Strategie für die Blauen

An dieser Stelle hat im November 2011 Philipp Zimmermann die offene Repression der Kantonspolizei Bern gegenüber linken AktivistInnen angeprangert. In der Zwischenzeit haben sich die jungen grünen intensiv mit den Themen Polizei und Sicherheit beschäftigt. Zusammen mit der JA! und der JUSO wurde ein Positionspapier aufgesetzt, das im August präsentiert werden konnte.



Die jungen grünen sind der Überzeugung, dass der in der Schweizer Öffentlichkeit verwendete Begriff der Sicherheit zu wenig weit fasst.

Sicherheit als solche müsste viel umfassender verstanden werden, wie die jungen grünen in ihrem Positionspapier zu Polizei und Sicherheit gemeinsam mit der JA! und der JUSO aufzeigen: «Für uns gehört zu Sicherheit auch soziale Sicherheit; sicher ist nur, wer in einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft gut leben kann. Dazu gehören sowohl die Eliminierung von Existenzängsten (Angst vor Armut, Verlust der Arbeitsstelle, sozialem Ausschluss, einer unsicheren Zukunft usw.) und die garantierte Deckung von Grundbedürfnissen, als auch Gleichberechtigung, soziale Integration von Minderheiten, gesell-

schaftliche Freiheit und Gleichheit. Sicherheit ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft; für Sicherheit braucht es soziale Integration und Interaktion (zum Beispiel in Quartierorganisationen), es braucht vielfältige Möglichkeiten des kulturellen Austauschs zwischen den Menschen, es braucht institutionalisierte und nicht institutionalisierte Kultur, es braucht umfassende und kostenlose Bildung für alle, es braucht Freiräume für Jugendliche und angemessene Betreuung und Begleitung für alte Menschen, es braucht mehr direkte demokratische Mitbestimmung der Menschen auf allen Ebenen. In einer Stadt Bern, in der dem oben beschriebenen Verständnis von Sicherheit nachgelebt wird, müsste sich auch die Rolle der Polizei verändern. Die Polizei wird auf ihre eigentliche Rolle reduziert. Das heisst, dass sie ausschliesslich dann das Gewaltmonopol durchsetzt, wenn die Gesellschaft nach einer demokratischen Diskussion keine andere Lösung mehr sieht. Die Polizei darf in keinem Fall selbst zum politischen Akteur werden, sondern bleibt immer ein Organ des demokratischen Staates, Entscheidungen müssen so breit wie möglich abgestützt werden und Einsätze müssen streng kontrolliert werden, damit die Grundrechte jederzeit eingehalten werden. In einer Gesellschaft zusammenzu-

leben bedingt immer gegenseitigen Respekt. Gerade in der für viele Menschen heiklen Sicherheitsthematik ist unsere Gesellschaft darauf angewiesen, dass dies von allen Beteiligten gewahrt wird. Dazu gehört einerseits der Respekt der PolizistInnen gegenüber den Menschen, die freiwillig oder unfreiwillig mit der Polizei in Kontakt treten. Auf der anderen Seite gehört dazu jedoch auch der Respekt vor Menschen, welche im Polizeidienst eine anspruchsvolle Arbeit leisten.»

Vier zentrale Forderungen

Aufgrund dieser Vision haben die drei Parteien vier zentrale Forderungen mit entsprechend zu treffenden Massnahmen ausformuliert, die unter den folgenden Punkten im Papier umschrieben werden:

1. Öffentlicher Raum gehört allen
2. Verhalten und Funktionieren des Polizeiapparates
3. Demokratische Kontrolle über den Polizeiapparat
4. Qualitativ hohe Ausbildungen für PolizistInnen

Interessiert? Das Papier kannst du unter www.jungegruenebern.ch herunterladen!

Roman Gugger,
Co-Präsident junge grüne bern



«Greenwatch»: neue Projektidee



Ursprünglich wurde die Arbeitsgruppe «Greenwatch» gegründet, um auf so genannte Energiesünden aufmerksam zu machen – zum Beispiel 24-Stunden-Leuchtreklamen u.a.m. Nachdem wir ein paar Briefe geschrieben hatten und keine Reaktion erfolgte, wurde uns klar, dass wir die Sache anders angehen mussten, um zum Erfolg zu kommen:

Statt Negatives bekämpfen, wollen wir als Greenwatchers positive Aspekte fördern. Unser Konzept: Wir entwerfen einen Stadtplan. Darauf verzeichnen wir alle Betriebe, welche «grüne» Werte vertreten. Dazu gehören beispielsweise Bio-Läden, vegetarisch orientierte Restaurants, welche regionale Produkte verarbeiten, oder Cafés, die Fairtrade-Waren anbieten. Stand der Arbeiten: Alle Unternehmen

sind auf einer Liste erfasst. Wir werden nun das Gespräch mit den BesitzerInnen suchen. Wir hoffen auf offene Ohren und Kooperation. Schliesslich schaffen wir mit unserem Projekt eine Win-win-Situation: Wir erreichen unser Greenwatch-Ziel und verschaffen den Geschäftsleuten ein wenig Publicity.

Eliane Brechbühl,
junge grüne

Grüne Politik stärken

Sechs wichtige Gemeindewahlen

Im Herbst finden im Kanton Bern in zahlreichen Gemeinden Wahlen statt. Um einen klimafreundlichen Atomausstieg durchzusetzen, braucht es auch eine Stärkung der Grünen in den Gemeinden.



Mit der kantonalen Initiative «Bern erneuerbar» zeigen die Grünen das Ziel auf, das wir im Kanton Bern in knapp 40 Jahren erreichen wollen: den etappierten Ausstieg aus der fossilen und der atomaren Energie. Um der Energiewende zum Durchbruch zu verhelfen, sind aber Bund, Kantone und Gemeinden gefordert. Die Grünen Ortssektionen setzen sich mit einer breiten Palette von Instrumenten dafür ein, konkrete Lösungen zu erarbeiten. So kommt in Nidau noch in diesem Jahr die Gemeindeinitiative «Für ein nachhaltiges Nidau» zur Abstimmung. Die Initiative fordert, dass sich die Stadt einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet und sich für die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft einsetzt. In Seedorf führte eine Petition der Grünen zur Gründung einer Fach-

gruppe Energie. Sie berät Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien sowie der Steigerung der Energieeffizienz im kommunalen und privaten Bereich. Die Fachgruppe erarbeitet konkrete Vorschläge zuhanden des Gemeinderats und verbessert die Information der Bevölkerung.

Grüne übernehmen Verantwortung

Den Spagat zwischen einer etwas frecheren und fordernden Politik in den Parlamenten und der pragmatischen Arbeit in den Kommissionen und Regierungen meistern die Grünen hervorragend. Auf Bundesebene sind die Grünen als Nicht-Bundesratspartei zwar in einer Oppositionsrolle – auf Kantons- und Gemeindeebene übernehmen sie in den Regierungen Verantwortung. Regierungsrat und Erziehungsdirektor Bernhard Pulver sowie Regula Rytz und Barbara Schwickert als Exekutivmitglieder der zwei grössten Städte im Kanton Bern sind dafür die bekanntesten Beispiele. Daneben gibt es zahlreiche weitere. Im Kanton Bern sind die Grünen, die heute 27 Ortssektionen zählen, in 16 kleineren und grösseren Gemeinden im Gemeinderat vertreten.

Die Erfolge der Grünen zeigen, dass in den Gemeinden und Städten gute und in kurzer Zeit umsetzbare Lösungen gefunden werden können. Für das energiepolitische Engagement der Ortsparteien sowie für viele andere Themengebiete liessen sich zahlreiche weitere Beispiele nennen. Gerade dank der Nähe zur Bevölkerung und den kürzeren Entscheidungswegen ist die politische Arbeit in den Gemeinden unverzichtbar. Um noch mehr Wirkung zu erzielen, braucht es bei den Gemeindewahlen diesen Herbst darum dringend eine Stärkung der Grünen.

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern

Wie engagieren sich die Grünen in den Gemeinden? Im August 2012 haben 13 Ortsparteien der Grünen Kanton Bern lokale Sonderausgaben des bewegt herausgegeben. Die Zeitungen geben einen Einblick in das thematisch vielfältige und engagierte Schaffen für grüne Anliegen auf Gemeindeebene.

www.gruenebern.ch («Zeitschrift bewegt»)

Gemeindewahlen

■ Biel

Nach vier erfolgreichen Jahren als Sicherheits- und Energiedirektorin tritt Barbara Schwickert am 23. September wieder für den Gemeinderat der Stadt Biel an. In dieser kurzen Zeit konnte Barbara Schwickert zusammen mit den Grünen die Voraussetzungen für die Energiewende und den Atomausstieg der Stadt schaffen. Diese Politik muss nun konsequent fortgesetzt werden. Dafür braucht es auch eine Stärkung der Grünen Fraktion im Stadtrat.



■ Heimberg

Mit der zu Ende gehenden Legislatur tritt Gabi Buri (Ressort Bildung) nach acht Jahren aus dem Gemeinderat zurück. Die Grünen Heimberg sind seit 24 Jahren Teil der Heimberger Dorfpolitik. Während dieser Zeit konnten sie immer mindestens einen Gemeinderatssitz besetzen. Diese Erfolgsgeschichte wollen die Grünen Heimberg bei den Gemeindewahlen am 28. Oktober fortsetzen. Ein wichtiges Anliegen ist ihnen eine Denkpause bei der Bautätigkeit.

■ Ittigen

Die Grünen Bantiger sind die jüngste Sektion der Grünen Kanton Bern. In einer Zeit, in der Gemeinden Infrastruktur und Ressourcen zunehmend vernetzen, verfolgt die Sektion einen erfolgsversprechenden Ansatz: Die Grünen Bantiger decken mit den vier Gemeinden Ittigen, Bolligen, Stettlen und Vechigen das ganze Worblental ab. Am 4. November treten sie in Ittigen erstmals zu Gemeindewahlen an. Für einen fulminanten Start in Ittigen suchen die Grünen Bantiger noch Verstärkung. Interessierte Personen melden sich bitte bei den Grünen Kanton Bern.

■ Kehrsatz

Für ein rot-grünes «Chäsitz» gehen Grüne und SP gemeinsam in die Gemeindewahlen vom 21. Oktober. Für den Gemeinderat kandidieren Claudia Zuber (bisher) und Daniel Wägli (SP, neu). Aktuelle Schwerpunktthemen sind für die Grünen Kehrsatz genügend Plätze in Kindertagesstätten, Betreuungsstunden für Klein- und Vorschulkinder und eine umweltverträgliche Dorfentwicklung.



■ Langenthal

Bei den Gemeindewahlen vom 28. Oktober stellen sich zwölf Grüne zur Wahl in den Langenthaler Stadtrat. Die Kandidierenden widerspiegeln den bunten Strauss von grünen Ideen und Interessen. Zu den Gemeinderatswahlen treten die Grünen erstmals mit der Fraktionspartnerin SP an. Karin Rickli kandidiert nicht nur als bisherige Stadträtin, sondern auch als Gemeinderätin.



■ Spiez

«Die schönste Bucht Europas.» Die Grünhaltung der Bucht ist einer der grossen Erfolge der grünen Bewegung in Spiez. In den 1980er-Jahren lehnte das damalige «Freie Spiez» als einzige Partei eine Teilüberbauung der Buchthänge ab und wurde vom Stimmvolk bestätigt – in einer Zeit, in der grüne Ideen noch oft belächelt wurden. Zu den Gemeindewahlen vom 4. November können die Grünen Spiez mit vier Bisherigen antreten.



Kantonale Abstimmungen vom 23.09.12

Bern, die Stadt im Glück



Am 23. September stimmen wir im Kanton Bern unter anderem über die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» ab. Warum ist es wichtig, dass wir der Steuerinitiative zustimmen?



Die Stadt Bern erhält regelmässig viel Lob für ihre hohe Wohn- und Lebensqualität. «Bern, die Stadt im Glück», titelte unlängst eine Sonntagszeitung. Kein Wunder, erlebt die Stadt in den vergangenen Jahren ein dynamisches Bevölkerungswachstum. Gerne möchte ich als Gemeinderätin mit einer RGM-Mehrheit die Berner Goldmedaille in der Disziplin Lebensqualität verteidigen helfen.

Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dass Bern für Familien attraktiv bleibt. Am 23. September können wir dafür die Weichen stellen. Die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» ist von grosser Bedeutung: Sie bringt jährliche Mehreinnahmen von rund sechs Millionen Franken – gleichwohl bezahlt man aber auch nach Annahme der Initiative weniger Steuern als 2010. Die Stadt ist auf diese Mehreinnahmen angewiesen, damit sie weiterhin in zusätzli-

che Lebensqualität investieren kann: in die Förderung von Kita- und Ausbildungsplätzen, in den Ausbau unseres Tram- und Busnetzes sowie von Velo- und Fusswegen, in den Bau von Wohnungen, die sich auch Familien mit kleinem Budget leisten können. Der Gegenvorschlag des Grossen Rates hingegen ist keine taugliche Lösung, weil er zu Steuerausfällen von rund 900 000 Franken pro Jahr und zu

einem erhöhten Spardruck führen würde. Die BernerInnen wollen, dass ihre Stadt ein einzigartiges Bijou bleibt. Darum bin ich überzeugt, dass sie «Faire Steuern – Für Familien» zustimmen werden.

Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne, Gemeinderatskandidatin Grünes Bündnis



Sparvorhaben bedrohen die Qualität unseres Gesundheitssystems. Mit 30 000 Zitronen fordert das Gesundheitspersonal auf dem Berner Bahnhofplatz bessere Arbeitsbedingungen.

Für bezahlbare Wohnungen

Wem sollen Ortsaufwertungen nützen?



«Das Londoner Olympia-Gelände soll einer verarmten Gegend eine neue Zukunft bringen», war kürzlich zu lesen. Was aber ist gemeint, wenn wir in diesem Zusammenhang von einer Gegend sprechen? Ist es der überbaute Raum? Oder sind es nicht gleichermassen seine BewohnerInnen, welche durch ihr Wesen, ihre Tätigkeiten den Ort geprägt haben?



Bei einem Wohnungs-Nachfrageüberhang sind ärmere Gegenden von steigenden Mieten weniger betroffen. Dies u.a. des weniger attraktiven Aussenraums wegen. Nun haben es sich aber viele Gemeinden zum Ziel gemacht, den Aussenraum für deren EinwohnerInnen aufzuwerten. In den ärmeren Gegenden einer Gemeinde mit Nachfrageüberhang führt dies aber automatisch zu steigenden Mieten. In Zürich passierte dies im Kreis 3: Früher führte die Autobahn mitten durchs Quartier;

entsprechend war die Gegend unpopulär, waren die Häuser verwaht und die Mieten tief. Dann endlich wurde die Autobahn in eine Tempo-30-Quartierstrasse umgewandelt. Viele Liegenschaften wurden in der Folge saniert und die Wohnungen erheblich teurer vermietet. Nach gut einem Jahr ist das Quartier nicht wieder zu erkennen: Die Wohnqualität ist stark gestiegen und mit ihr sind die früheren BewohnerInnen, die sich die Wohnungen nicht mehr leisten konnten, verschwunden.

Wenn wir also mehr Lebensqualität in einer Gegend fordern, müssen wir auch sagen, für wen wir dies fordern. Denn ohne flankierende Massnahmen hilft die Aufwertung eines Quartiers nicht den aktuellen BewohnerInnen, sondern den zukünftigen mit grösserem Einkommen. Mit der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sollen u.a. diese Auswirkungen gemildert werden. In der Stadt Bern wurde dafür die Initiative «Für be-

zahlbare Wohnungen» lanciert: www.wohnenfueralle.ch.

Patrik Wyss, Vizepräsident GFL Bern, Stadtratskandidat



Wohnbaugenossenschaft: qualitativ guter Wohnraum zu finanziell tragbaren Bedingungen

I love Genossenschaften

Renaissance der Wohnbaugenossenschaften

Sozial – ökologisch – ökonomisch. Diesen nachhaltigen Dreiklang hat die UNO 2012 zum Jahr der Genossenschaften erklärt.



Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Wohnbaugenossenschaften bieten ein überzeugendes Angebot: Da sie gemeinnützig sind und keine Gewinne an AktionärInnen gehen, sind die Mieten 15–20 Prozent günstiger als sonst. Genossenschaften sind ökologisch sinnvoll, da sie verdichtet bauen und Belegungsvorschriften kennen.



In der Stadt Bern gibt es rund 7850 Wohnungen von gemeinnützigen Trägern, was zehn Prozent des Bestandes ausmacht. In Biel ist der Anteil an Wohnbaugenossenschaften im Vergleich mit anderen Städten im Kanton herausragend: Die Genossenschaften verwalten etwa einen Sechstel des Wohnungsbestandes (ca. 4300 Wohnungen). Im Moment laufen die Verhandlungen mit der Stadt Biel zur Erneuerung der Baurechtsverträge.

Initiativprojekte für preisgünstiges Wohnen

Das Erfolgsmodell, entstanden aus Selbsthilfe, erlebt eine neue Blüte. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist Antwort auf Wohnungsnot, hohe Mietpreise und Spekulation. In der Stadt Bern haben das Grüne Bündnis und die



Internationaler Genossenschaftstag: Veranstaltungen der Baugenossenschaften unter dem Motto «I love Genossenschaften»

GFL u.a. eine «Initiative für bezahlbare Wohnungen» lanciert (www.wohnenfueralle.ch). Im Kanton Bern berät die Förderstelle Gemeinnütziger Wohnungsbau im Auftrag des Kantons Interessierte (www.svw-beso.ch).

Leider hat es der Grosse Rat in der Junisession verpasst, einen Vorstoss der Grünen zu unterstützen, der den gemeinnützigen Woh-

nungsbau mit Instrumenten der Raumplanung fördern wollte. Die Grünen unterstützen diese nachhaltige Form des Wohnens und Wirtschaftens weiterhin mit Überzeugung.

Daphné Rüfenacht, Grossrätin Grüne (Biel)
Natalie Imboden, Grossrätin Grüne (Bern)



Aktiv

■ **02.09.2012:** Für ihre vorbildliche Siedlungsentwicklung hat die Gemeinde Köniz 2012 den Wakkerpreis erhalten. Die klare Abgrenzung zwischen Siedlungsgebiet und Kulturlandschaft und die auf Koexistenz beruhende Verkehrsplanung haben Modellcharakter für Agglomerationsgemeinden. Köniz im Wakkerjahr entdecken: E-Bike-Tour begleitet von der Grünen Gemeinderätin Rita Haudenschild. 10 Uhr, mehr Infos und Anmeldung: www.koeniz.ch

■ **05.09.2012:** Schule stärken oder Steuern senken? Vortrags- und Diskussionsabend mit Regierungsrat Bernhard Pulver (Grüne), Marcel Schenk (SP), Elisabeth Schwarz-Sommer (SVP) und Anna Katharina Zenger (Grüne). 19.30 Uhr, Singsaal, Schulanlage Zulg, Zulgstr. 43, Steffisburg

■ **10.09.2012:** Schule und Bildung in der Stadt Bern: Die beiden Berner Gemeinderatskandidatinnen Tania Espinoza Haller (GFL) und Franziska Teuscher (GB) im Gespräch mit Erziehungsdirektor Bernhard Pulver und dem Publikum. 19 Uhr, BollWerkStadt, Bollwerk 35, Bern

■ **13.10.2012:** Apfel Birne Nuss: Süssmost-Pressen mit der GFL Zollikofen, Energiesparlampen und Baumpflanzpatenschaften. 9–15 Uhr, Rebstock-Platz, Zollikofen

■ **25.10.2012:** Landschaftsschutz: Wie viel Versiegelung erträgt unser Boden? Podiumsdiskussion mit Raimund Rodewald, Geschäftsleiter Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Heidi Sterchi, Natur und Umweltsachfrau, Pro Natura Seeland u.a. 19.45 Uhr, Restaurant Dona Flor, Hauptstr. 18, Frieswil

Impressum

Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, PF 1066, 3000 Bern 23

Erscheint 4 Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern. Redaktion: Regula Tschanz

Gestaltung: www.muellerluetolf.ch

Foto S. 1: Sommaruga Fabio/pixelo, Bildmontage Grüne

Foto S. 2: Muriel Riesen

Fotos S. 5: Christoph Lanz (Biel), Maria Hofer (Langenthal)

Fotos S. 6: Severin Nowacki (oben), Architektur fotografie Alexander Gempeler (unten)

Fotos S. 7: Wohnbaugenossenschaften Schweiz

Druck: Bubenberg Druck, Bern

Auflage: 8100

Redaktionsschluss Nr. 25: 23.09.2012

sekretariat@gruenebern.ch

Tel. 031 311 87 01

Eidg. Abstimmung vom 23.09.12: Musikalische Bildung fördern

Do-re-mi-fa – So soll es sein

Am 23. September 2012 stimmen wir schweizweit über einen neuen Verfassungsartikel Musikalische Bildung ab. Der Kanton Bern nimmt hier eine Vorreiterrolle ein.



Im Dezember 2008 wurde die Initiative «Jugend und Musik» mit über 150 000 gültigen Unterschriften eingereicht. Mit dieser Initiative sollte die musikalische Bildung als selbstverständlicher Teil der Grundausbildung in der Verfassung verankert werden. Das Singen und Musizieren muss Bestandteil des allgemeinen Unterrichts in der Volksschule sein. Darüber hinaus sollten alle Kinder und Jugendlichen ohne finanzielle Hindernisse die Möglichkeit haben, in Musikschulen gefördert zu werden. Musik soll wie Sport in der Bundesverfassung verankert werden und musikalisch besonders talentierte Kinder sollen wie Sporttalente finanziell, ideell und schulisch gefördert werden.



In langen Beratungen in den Eidgenössischen Räten wurde der neue Verfassungsartikel 67a entwickelt. Da dieser den Forderungen von «Jugend und Musik» weitgehend entspricht, wurde die Initiative zurückgezogen.

Kanton Bern schweizweit führend

Im Kanton Bern haben wir die erfreuliche Situation, dass diese Anliegen schon weitgehend erfüllt sind. Seit dem 1. Januar 2012 ist das neue Musikschulgesetz in Kraft, das schweizweit führend ist. Jedes Kind im Kanton kann nach einem Abklärungsgespräch das



Mit einem Ja zum Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung wird die musikalische Bildung in der Verfassung verankert. Der Kanton Bern nimmt hier eine Vorreiterrolle ein.

Instrument seiner Wahl an einer anerkannten Musikschule in von Kanton und Gemeinde subventioniertem Unterricht besuchen. Das Musikschulgesetz regelt auch die Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher.

Seit 2011 läuft das Projekt «Bildung und Kultur», vorläufig als Pilotprojekt bis 2014. Dank dem Projekt können Schulklassen im ganzen Kanton intensiver an der kulturellen Vielfalt teilnehmen, sei es mit dem Besuch ei-

ner Veranstaltung oder mit einem Projekt, das in der Klasse oder im Schulhaus stattfindet.

Aus «Solidarität» mit anderen Kantonen, die noch nicht so weit sind, stimmen wir Grünen dem neuen Verfassungsartikel am 23. September selbstverständlich zu, auch wenn wir im Kanton Bern schon weiter sind!

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor
Bettina Keller, Grossrätin Grüne

Parolen

■ National

Die Delegierten der Grünen Kanton Bern haben folgende Parolen beschlossen:

- JA zum Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung (s. S. 8)
- NEIN zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter»
- JA zur Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»

■ Kantonal

- JA zu den Volksabstimmungen über die Optimierung der Förderung von Gemeindeförderungszusammenschlüssen: Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes (s. S. 2)
- Kantonales Steuergesetz: JA zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien»; NEIN zum Gegenvorschlag des Grossen Rates. Stichfrage: Kreuz bei Initiative (s. S. 1–2)
- Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge: JA zur Vorlage des Grossen Rates; NEIN zum Volksvorschlag. Stichfrage: Kreuz bei Vorlage des Grossen Rates (s. S. 1–2)

Kantonales Steuergesetz

Volksinitiative Faire Steuern – Für Familien	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja
Gegenvorschlag des Grossen Rates	<input type="checkbox"/>	Nein
Stichfrage:	Volksinitiative	Gegenvorschlag
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge

Vorlage des Grossen Rates	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja
Volksvorschlag	<input type="checkbox"/>	Nein
Stichfrage:	Vorlage des Grossen Rates	Volksvorschlag
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>